

1. Aufnahme Asylbewerber

Bürgermeister Klaus teilt mit, dass das Innenministerium plant, bis zum 30.11. vier bis fünf Gebäude der Kaserne als Landesunterkunft einzurichten. Es sollen bis zu diesem Zeitpunkt ca. bis zu 600 Asylsuchende untergebracht werden. Die weiteren Gebäude sollen im 1. Halbjahr 2016 hergerichtet werden, so dass insgesamt bis zu 1.000 Asylsuchende auf dem ehemaligen Kasernengelände untergebracht werden können. Im bisherigen Stabsgebäude soll zusätzlich eine Polizeistation und Verwaltung untergebracht werden. Das ehemalige Kantinegebäude soll für die Ausgabe von Verpflegung genutzt werden.

Innenminister Studt erläutert die aktuelle Situation hinsichtlich der Anzahl der Asylsuchenden in Schleswig-Holstein. Im Jahr 2013 wurden ca. 3.500 Asylsuchende, im Jahr 2014 ca. 7.600 und im Jahr 2015 wurden bis zum heutigen ca. 38.000 Asylsuchende aufgenommen. Bis zum Jahreschluss werden es voraussichtlich über 50.000 Asylsuchende sein.

Er trägt vor, dass in Schleswig-Holstein bereits einige Erstaufnahmeeinrichtungen und Landesunterkünfte in Betrieb genommen worden sind, darunter befinden sich Neumünster, Boostedt, Kiel, Flensburg, Lübeck, Heide, Albersdorf, Seth, Rendsburg, Kellinghusen, Putlos, Salzau und andere.

Er berichtet, dass in der Erstaufnahmestelle die Asylsuchenden für einen Zeitraum von ca. 6 - 8 Wochen untergebracht werden, maximal jedoch 2 - 3 Monate. Anschließend werden die Asylsuchenden auf die Kommunen verteilt. Ziel soll es sein, dass die Asylsuchenden Teil der Gesellschaft und dort integriert werden. Die Integration soll in den Vereinen und Verbänden, in der Feuerwehr und auch in der Gemeindevertretung stattfinden.

Die Aufnahme in der Liegenschaft in Lütjenburg soll ca. bis Mitte Dezember erfolgen. Es ist geplant, dort zunächst bis zu 600 Asylsuchende unterzubringen. Die Liegenschaft wird dem Land von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die Landesunterkunft hat die Aufgabe, die Asylsuchenden aufzunehmen, zu betreuen, zu versorgen und für deren Sicherheit zu sorgen.

Abschließend gibt Innenminister Studt einen Ausblick auf die nächsten Monate. Es ist damit zu rechnen, dass weitere Zuwanderungen in die Bundesrepublik erfolgen. Aufgabe der Kommunen wird es sein, den erforderlichen Wohnraum zu schaffen.

Herr Dr. Hörnecke erläutert die Aufgabe des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten. Zu den Aufgaben des Amtes gehört die Begleitung des Asylverfahrens sowie die Betreuung und Versorgung der Asylsuchenden. Vor Ort werden Herr Wilhelm Brecht und Herr Schoor Ansprechpartner sein. Voraussichtlich wird das DRK die Betreuung in Lütjenburg übernehmen.

Sodann erläutert er das Asylverfahren:

- Der Ausruf „Asyl“ berechtigt zum Schutz und den Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

- Sodann erfolgt die ESB-Registrierung (Easy-System-Befragung).
- Danach folgt die Erst- bzw. Eingangsuntersuchung Anmeldung beim Bundesamt für Migration. Hier erfolgt die Entscheidung über die Anerkennung von Flüchtlingen.
- Vermittlung von Sprachkenntnissen und Einweisung in die Regeln des Zusammenlebens und der deutschen Kultur.
- Abschließend erfolgt die Verteilung auf die Kommunen.

Herr Bauchrowitz trägt vor, dass in der vorhandenen Polizeistation in Lütjenburg 19 Mitarbeiter stationiert sind. Eine weitere Station wird innerhalb der Kaserne eingerichtet und durch sechs Beamte besetzt. Diese zusätzliche Polizeistation hat ein anderes Aufgabenspektrum und soll insbesondere die Ordnung innerhalb der Liegenschaft sichern und auch Ansprechpartner für die Einwohner vor Ort sein. Er stellt fest, dass bislang keine Gewaltkriminalität festgestellt worden ist.

Herr Hüttmann teilt mit, dass der Auftrag der BAO wie folgt definiert ist: Suche, Einrichtung und Inbetriebnahme von Erstaufnahmestellen bzw. Landesunterkünften. Nach den bisherigen Erfahrungen fühlen sich die Asylsuchenden grundsätzlich wohl. Es hat bei den Polizeistationen bisher ein positives Echo stattgefunden. In den Einrichtungen sollen nicht nur die Grundbedürfnisse wie Schlafen, Essen usw. abgedeckt werden, sondern es werden auch Ziele angestrebt. Dazu zählen die Initiativen für die Begrüßung, die Aufnahme und Freizeitaktivitäten.

Er weist ausdrücklich darauf hin, dass bestehende Gerüchte über Ladendiebstähle und Vergewaltigungen ausschließlich freie Erfindungen sind. Diese haben bislang nicht stattgefunden.

Bürgermeister Sohn kann die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger durchaus verstehen. Er teilt mit, dass zu diesem Zweck ein spezielles Bürgertelefon eingerichtet werden soll. Außerdem soll eine bessere Ausleuchtung von Straßen und Plätzen stattfinden.

Er trägt vor, dass die laufenden Baumaßnahmen in der Kaserne wie geplant fortgeführt werden. Auch die Freizeitfläche wird weiter entwickelt. Er weist darauf hin, dass es wichtig ist, eine vernünftige Kommunikation zu führen.

Er stellt abschließend fest, dass die Flüchtlinge, die bisher im Amtsbereich verteilt worden sind, noch keine Probleme bereitet haben. Die Eingliederung erfolgte bislang weitgehend dezentral. Es wird eine gute Betreuung und ein gutes Miteinander, insbesondere durch die Flüchtlingsinitiative, hergestellt.

Aus dem Kreise der Einwohnerversammlung ergeben sich Fragen zu folgenden Themen / Problemen:

a) Nutzung der Bundeswehrrsorthalle

Bürgermeister Sohn teilt mit, dass die Sporthalle bereits verkauft ist. Es werden jedoch Gespräche geführt, dass die Halle für die Asylbewerber bis zu deren Abriss genutzt werden kann.

- b) Es wird die Frage gestellt, ob die Kinder in den Kindergarten bzw. in die Schule gehen.

Herr Dr. Hörnecke teilt mit, dass keine eigene Schule eingerichtet wird, aber dass eine Kinderbetreuung stattfinden wird. Die Schulpflicht gibt es erst bei den bereits auf die Kommunen verteilten Kinder.

- c) Es wird eine Anfrage zum Unterschied zwischen Erstaufnahmeeinrichtung und Landesunterkunft gestellt.

Herr Dr. Hörnecke erläutert die Unterschiede.

Eine weitere Frage zielt an die ärztliche Versorgung.

Herr Dr. Hörnecke teilt mit, dass die örtlichen Praxen in einem Vergabeverfahren beteiligt werden und die ärztliche Versorgung dann in der Liegenschaft stattfindet.

Eine ergänzende Frage zu den traumatischen Erkrankungen wird von Herrn Dr. Hörnecke dahingehend beantwortet, dass dies durch den Hausarzt dann festgestellt wird und eine Überweisung an den Facharzt erforderlich ist.

- d) Es wird gefragt, ob sexuelle Übergriffe zu befürchten sind. Herr Hüttmann stellt fest, dass bislang nur eine geringe Anzahl im Bundesgebiet an sexuellen Übergriffen stattgefunden hat. In Schleswig-Holstein war dies bislang kein Problem.

- e) Es wird angefragt, wie viele Mitarbeiter des DRK die Betreuung vornehmen.

Ein Vertreter des DRK teilt mit, dass in Putlos 30 Mitarbeiter eingesetzt sind. Dies wird voraussichtlich auch in Lütjenburg erfolgen.

- f) Es ergibt sich eine Anfrage zu den Investoren auf dem Kasernengelände, insbesondere zum Seniorenheim und zum Landmaschinenhandel.

Bürgermeister Sohn teilt mit, dass die Investoren ihre geplanten Investitionsmaßnahmen fortführen.

- g) Ein Einwohner stellt fest, dass die ehrenamtlichen Helfer am Ende ihrer Belastungsgrenze sind und dass keine Lebensmittel mehr vorhanden sind.

Eine Vertreterin der Lütjenburger Tafel teilt mit, dass die Belastung durchaus erträglich ist und dass ausreichend Lebensmittel vorhanden sind.

In diesem Zusammenhang bedankt sich Amtsvorsteher Schütte-Felsche ganz herzlich bei den vielen ehrenamtlichen Helfern. Es werden jedoch aufgrund der steigenden Zahl der Asylsuchenden im Amtsgebiet weitere Unterstützer dringend benötigt. Er appelliert an das Engagement aller Einwohnerinnen und Einwohner.

Es wird eine Anfrage zur maximalen Zahl der Flüchtlinge in der ehemaligen Kaserne gestellt. Innenminister Studt trägt vor, dass eine Erhöhung grundsätzlich nicht ausgeschlossen ist. Zu diesem Zeitpunkt wird davon ausgegangen, dass maximal 1.000 Personen dort untergebracht werden. Aufgrund der künftigen Entwicklung kann es durchaus sein, dass jedoch in Absprache mit der Stadt Lütjenburg weitere Asylsuchende untergebracht werden müssen.

- h) Es wird die Frage gestellt, ob die Flüchtlinge mit den Regeln vertraut und versichert sind. Herr Dr. Hörnecke teilt mit, dass es Aufgabe in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Landesunterkünften ist, in den Kursen die Werte und Regeln zu vermitteln. Für mögliche Schäden haften die Asylsuchenden selbst,

auch mit ihrem Taschengeld. Im Einzelfall müsste geprüft werden, ob ggf. Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz gewährt werden können.

- i) Es wird eine Anfrage zur durchschnittlichen Verweildauer gestellt.
Herr Dr. Hörnecke teilt mit, dass die Verweildauer theoretisch von einem Tag bis zum Abschluss des Asylverfahrens betragen kann. In der Regel beträgt die durchschnittliche Verweildauer jedoch ca. 6 Wochen.
- j) Es wird eine Anfrage gestellt, welche Gebäude genutzt werden.
Bürgermeister Sohn erläutert anhand des Kartenmaterials, dass 8 Gebäude im westlichen Teil der bisherigen Kasernenanlage genutzt werden. Die Planstraße A wird in Kürze fertiggestellt und freigegeben werden. Die Planstraße B wird demnächst ausgebaut.
- k) Es wird eine Anfrage zur Verteilung der Zimmer gestellt.
Ein Vertreter des DRK teilt mit, dass die Zimmer zunächst nach Nationalitäten besetzt werden und dann nach Einzelpersonen und Familien getrennt belegt werden. Ziel bei der Raumverteilung ist die Konfliktvermeidung.
- l) Es folgt eine Anfrage, ob ausreichend Dolmetscher vorhanden sind.
Der Vertreter des DRK teilt mit, dass ausreichend Dolmetscher vorhanden sind und dass fast alle Sprachen abgedeckt werden können.
- m) Es wird eine Anfrage zur Nutzung des Soldatenheimes als Begegnungsstätte gestellt.
Bürgermeister Sohn teilt mit, dass sich die Stadtvertretung bereits mit diesem Thema befasst. Das Gebäude befindet sich derzeit in der Zwangsversteigerung. Er weist jedoch darauf hin, dass das Gebäude grundsätzlich abgängig ist und nicht genutzt werden könne.
- n) Ein Einwohner berichtet in seiner Eigenschaft als Willkommenspate von seinen positiven Erfahrungen, die er mit den Flüchtlingen gemacht hat. Er weist darauf hin, dass es Orientierungshilfen zu Brandschutz und anderen Dingen in vielen Sprachen bereits gibt.
- o) Es folgt eine Anfrage zur Anmietung von Privatgrundstücken im Inland.
Amtsvorsteher Schütte-Felsche trägt vor, dass bislang die Flüchtlinge weitgehend dezentral untergebracht worden sind. Da der Bedarf jedoch größer als das Angebot ist, ist das Amt auch gezwungen, größere Objekte anzumieten. Um insgesamt eine bessere Betreuung der Flüchtlinge vor Ort zu gewährleisten, werden zwei hauptamtliche Koordinatoren zum 1.12./1.1.2016 eingestellt. Desweiteren werden zwei weitere Betreuer stundenweise als Kümmerer vor Ort tätig sein.
- p) Es folgt eine Frage zur Kriminalität.
Der Vertreter des DRK teilt mit, dass nach den Erfahrungen in Putlos noch nie etwas passiert ist. Die Zielsetzung aller ist Respekt, Toleranz und Geduld.
Die Flüchtlinge werden vom DRK beschäftigt. Das DRK führt Schulungen durch und bietet Freizeitaktivitäten an.
- q) Es wird eine Anfrage zum nächtlichen Schießen auf dem Kasernengelände gestellt.
Die Polizei wird der Sache nachgehen und prüfen.
- r) Es folgt eine weitere Anfrage zum Objekt in Futterkamp. Amtsvorsteher Schütte-Felsche teilt mit, dass dort ca. 40 Asylbewerber untergebracht werden können. Die derzeitige Quote bis zum Jahresschluss für den Amtsbereich beträgt ca. 350 Asylsuchende. Bislang wurden gute Erfahrungen gemacht.

- s) Es folgt eine Anfrage zur Kaserne, ob die Arbeiten zeitlich überhaupt zu schaffen und bis November fertig sind.
Herr Berger teilt mit, dass die Liegenschaft Ende November hergerichtet sein wird und bis Mitte Dezember bezogen werden kann. Weitere Gebäude werden im ersten Halbjahr 2016 saniert und hergerichtet.
Er ergänzt, dass der bestehende Zaun um das bisherige Kasernengelände bestehen bleibt und dass der innere Bereich durch einen Bauzaun zwecks Zugangskontrolle abgesichert wird.
- t) Es folgt eine Frage zur finanziellen Belastbarkeit.
Innenminister Studt trägt vor, dass stichtagsbezogen Mehreinnahmen aufgrund der erhöhten Schlüsselzuweisungen gezahlt werden.
- u) Es wird die Frage gestellt, wie man durch Sachspenden helfen kann.
Der Vertreter des DRK teilt mit, dass Kleidung benötigt wird, insbesondere in kleinen Größen (S und M).
- v) Es wird eine Anfrage zur voraussichtlichen Dauer gestellt.
Innenminister Studt teilt mit, dass die Liegenschaft in Lütjenburg für einen Zeitraum von fünf Jahren mit einer weiteren Option von fünf Jahren angemietet worden ist.
- w) Das DRK teilt mit, dass noch Räume für Lagerung fehlen.
Bürgermeister Sohn teilt mit, dass Lagermöglichkeiten im Bereich der Kaserne geschaffen werden.
- x) Es folgt eine Frage zur Reinigung.
Herr Berger teilt mit, dass die Asylsuchenden ihre Räume selbst reinigen müssen. Bei einem Auszug wird eine professionelle Reinigung durch eine Firma vorgenommen.
- y) Es folgt eine Frage zur Nachnutzung innerhalb der Kaserne.
Bürgermeister Sohn teilt mit, dass der Flächennutzungsplan derzeit entwickelt wird und besondere Wohnformen vorsieht.
- z) Es wird eine Anfrage zur Verpflegung gestellt, insbesondere, ob nicht festes Personal die vorhandene Küche nutzen könnte.
Herr Berger teilt mit, dass sich die Küche in einem desolaten Zustand befindet und deshalb zunächst ein Cateringdienst die Verpflegung übernehmen wird.
- a) Es folgt nochmals eine Anfrage zum Sprachunterricht.
Der Vertreter des DRK teilt mit, dass der Sprachunterricht gewährleistet wird und stattfindet.
- b) Es wird angefragt, ob die Anforderung von Soldaten zur Unterstützung denkbar ist.
Innenminister Studt teilt mit, dass 6.000 Soldaten bereitstehen, um als helfende Hände Unterstützung zu leisten.
- c) Es wird eine Anfrage zur Höhe des Taschengeldes gestellt.
Innenminister Studt teilt mit, dass ein Taschengeld in Höhe von 143,-- € pro Person in bar gezahlt wird.
- d) Es wird angefragt, wo die zusätzlichen Polizeibeamten herkommen.
Herr Bauchrowitz teilt mit, dass die Beamten in Kiel abgezogen werden und nach Lütjenburg delegiert werden.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Sohn ganz herzlich bei der Schule für die Zurverfügungstellung der Mensa und beim Innenminister für seine sachlichen Informationen.

Bürgervorsteher

Protokollführer